Einzelpreis 40 Pfennig.

Völkischer Beobachter

Erscheint wöchentlich zweimal: Donnerstag und Sonntag. — Bezugspreis: Im Inland durch die Post monatlich M. 3.70, vierteljährlich M. 11.—, unter Streifband im Inland und Deutschösterreich monatlich M. 5.—, vierteljährlich M. 15.— im übrigen Ausland monatlich M. 7.—, vierteljährlich M. 20.—. Postscheckkonto München 11 346. — Geschäftsstelle: Thierschstraße 15. — Fernruf 20 647 — Geschäftszeit 8–4 Uhr, Samstag 8–12 Uhr. — Anzeigenpreis: Die 30 mm breite Grundzeile für Geschäftsanzeigen auswärts brutto M. 2.—, für München M. 1.50 mit entsprechenden Nachlässen. Reklamezeile M. 5.—. Finanzanzeigen netto M. 1.50. Familienanzeigen M. 1.50, Kleine Anzeigen (Stellengesuche usw.) 90 Pfennig. — Schriftleitung: Schellingstr. 41/I. Fernruf: 20 647. — Drahtanschrift: Beobachter München.

Kampfblatt der national-sozialistischen Bewegung Großdeutschlands

Leiter: Dietrich Eckart

Ausgabe 74/75 — München (Samstag), den 1. Oktober 1921 — 35. Jahrgang

Schiebungen

In München.

Wenn irgend etwas einem ehrlichen und geraden Menschen das unwürdige System des feilschenden und in seiner Vielköpfigkeit unfähigen Parlamentarismus verhaßt erscheinen ließ, so die letzten Ereignisse innerhalb der Parteien im Bayerischen Landtag. Von den Demokraten gar nicht zu reden, deren Lebenstätigkeit ja im fortwährenden Schielen nach rechts und nach links besteht, um sich von der jeweilig stärkeren Strömung fortziehen zu lassen und dann den Hymnus auf die Mehrheit des Volkes zu singen. Der Bayerischen Volkspartei aber werden es Hunderttausende ihrer Wähler nie und nimmer vergessen können, daß sie, die sich immer als alleinige Hüterin bayerischen Wesens und bayerischer Rechte aufgespielt hat, diese den Zentrumsbrüdern zur Linken preisgab, ihren eigenen Ministerpräsidenten auf eine ihn höchst provozierende Weise ausschiffte und jetzt kühlpfeifend tut, als sei nichts passiert, als hätte Bayern alles gewahrt, als gäbe es „keine Sieger und Besiegte", wie der neue Ministerpräsident sich auszudrücken beliebte.

Zu den Bemerkungen der Presse über die parlamentarische Schiebung haben wir einiges nachzutragen.

Am 17. September schrieb der „Bayerische Kurier" unter dem Titel „Politik der Hetze" einen Aufsatz gegen die „Germania", in welchem er ihr direkt Methoden der unabhängigen Sozialdemokraten, den Gebrauch deren demagogischen Wortschatzes u. a. vorwarf. Dann fügt er wörtlich (die letzten drei Sätze fettgedruckt!) hinzu:

„Und wenn das Zentrumsblatt der Bayerischen Volkspartei und den ihr angehörigen Regierungsmitgliedern eine Mitverantwortung für das Vorhandensein einer „Mörderzentrale" in Bayern ausbürdet, wenn es davon redet, daß sich die Katholiken Bayerns schmählich und in unerhörter Weise hätten täuschen lassen, wenn es schließlich behauptet, daß die Partei völlig in die Abhängigkeit von der deutschnationalen Presse geraten sei, welche Verantwortung trifft dann das Reichszentrum für die sozialistischen „Mörderzentralen"? In welche Abhängigkeit von der sozialistischen Presse ist dann zum wenigsten jener Flügel der Partei geraten, die durch die „Germania" vertreten wird? Und wie schmählich und beispiellos war dann die „Täuschung", die mit den katholischen Anhängern dieser Gruppe getrieben ward? Hat man wirklich im Norden kein Verständnis dafür, welchen Eindruck es in Bayern machen muß, wenn ein führendes Zentrumsorgan in der jetzigen politischen Krisis nahezu vorbehaltlos die Politik jener Parteien stützt, denen Bayern die Greuel der Räterepublik (einschließlich der Geiselmorde) dankt?"

Man sollte meinen, ein Blatt, das solch eine Sprache führt, könne gar nicht mehr umfallen. Aber siehe da, nach ein paar Tagen wurde mit dem spiritus rector derselben „Germania", Herrn Dr. Wirth, Frieden geschlossen.

Weiter. Kahr war zurückgetreten, weil er die Zeit noch nicht für gekommen hielt, den Ausnahmezustand aufzuheben. Gegen seine Fassung der Antwort Bayerns an Berlin stimmte seine eigene Partei. Nun sah aber diese sehr bald, daß ganz Bayern anders dachte als die aberweisen Abgeordneten, und zu Kahr hielten. Hier setzt nun ein ganz unwürdiges Spiel ein. Die Bayerische Volkspartei tritt an Kahr heran, aber denkt gar nicht daran, ihren Beschluß zu revidieren, sondern nimmt als selbstverständlich an, Kahr müsse seinen korrigieren. Sie macht, als ob Kahr der Bittende sei und nicht die Partei. Man fragt sich wofür wohl die Führer v. Kahr eigentlich gehalten haben? Daß er, wenn er überhaupt noch etwas auf sich zu halten gedachte, diesen Vorschlag ablehnen mußte, mußte man wissen. Das trat ein, und der „Bayer. Kurier" veröffentlichte die „betrübliche Mitteilung", daß die Unterhandlungen mit Kahr gescheitert seien.

Die Wähler waren beruhigt und Kahr ausgeschifft; die Schiebung war vollendet.

•

Weiter. Daß die Leitartikler des „Bayer. Kurier" tatsächlich trotz aller „Würdigung" seiner Leistungen für Bayern dem Scheidenden einen Fußtritt verabfolgten, geht wohl zur Genüge aus Nr. 399 hervor, in der gemeint wird, Kahr habe „die von rechts kommenden Gefahren in ihrer unmittelbaren praktischen Bedeutung unterschätzt. Psychologisch erklärt wird diese Unterschätzung zum Teil durch die allzu einseitige Einstellung auf bestimmte Aufgaben und den Hang zum ‚Absoluten', die die Kahrsche Politik an sich schon auszeichnete. Daneben aber kommt in Betracht der Übereifer, mit dem eine bestimmte politische

Das Verbot des „Völk. Beobachters"

Am 15. September wurde der „Völkische Beobachter" durch Verfügung des bayerischen Ministeriums des Innern auf 14 Tage verboten.

Der Aufsatz „Der Verrat" mit einer Kritik an Dr. Wirth hatte die Aufmerksamkeit der hohen Behörde erregt, worauf sie sich genötigt fühlte, das Verbot zu erlassen.

Wir bitten unsere Leser, uns den Ausfall des „V. B." nicht nur nicht zu verargen, sondern erst recht für seine Verbreitung überall einzutreten.

Der Kampf für das Deutschtum muß gerade jetzt mit doppelter Energie geführt werden, das ist Pflicht jedes einzelnen.

Die Schriftleitung.

Gruppe . . . die Politik des Herrn v. Kahr für sich . . . beanspruchte. Dieses Übermaß von politischer Freundschaft, das der sachlichen Grundlage entbehrte, mußte nach außen und innen gleich schädlich, ja vergiftend, wirken".

Diese dunkle Orakelsprache besagt, daß der Bayerischen Volkspartei das Lob für Kahr seitens der Deutschnationalen als „vergiftend" erschien. Und trotzdem selbst zugestanden wird, daß dies der „sachlichen Grundlage" entbehre, wird eben auch für Unmündige in klarer Weise angedeutet, daß es höchste Zeit war, sich des Mannes zu entledigen, der durch ein Lob der Deutschnationalen stinkend geworden war.

Sonderbar jedoch: Als Graf Lerchenfeld antrat, begrüßte die „Frankfurter Zeitung" (also ein Blatt, von welchem selbst die „M. N. N." einmal sagten, es könne ohne weiteres Organ der U.S.P. werden) ihn mit lautem Händeklatschen und sah in seiner Persönlichkeit die Garantie, daß die Politik Bayerns von jetzt ab eine „von Grund aus" andere werden würde.

Die jüdische, in engster Verbindung mit Frankreich arbeitende „Vossische Zeitung" stellt fest, Graf Lerchenfeld habe während des Krieges „mehr zur Politik des Auswärtigen Amtes als zu der Obersten Heeresleitung" gehalten, man könne „zweifellos" hoffen, „angenehm mit ihm arbeiten" zu können! Das alljüdische „Berliner Tageblatt" sieht in der Wahl des Grafen Lerchenfeld einen „lebhaft zu begrüßenden Beschluß".

Ist die einstimmige Beweihräucherung des neuen Ministerpräsidenten seitens der jüdischen Journalisten nicht Grund genug für jeden Deutschen, dieses Lob zum mindesten scharf von sich zu weisen? Der „Bayerische Kurier" jedoch hat es bisher noch nicht der Mühe wert gehalten, diesen Pressehebräern einen Leitartikel zu widmen und auch ihr Lob als „vergiftend" zu bezeichnen. Uns trennt von den Deutschnationalen vieles Grundsätzliche, aber das muß doch gesagt werden: ihnen fühlen wir uns doch tausendmal näher als dem ganzen jüdischen Troß und den jüdischen Unterhöhlern und Zersetzern deutschen Wesens. Ein Lob von seiten der Zeitungsmeute Berlins würde uns schamrot machen. So denken ohne Zweifel auch 99 Prozent der Wähler der Bayerischen Volkspartei. Aber das schert die hohen Bonzen verdammt wenig, sie haben sich schon das Gebahren angewöhnt, als sei nicht der Landtag für Bayern da, sondern Bayern für die hochlöbliche Bayerische Volkspartei von Gottes Gnaden.

Wer anders denkt, fliegt 'raus

In Berlin.

Als Walter Rathenau Wiederaufbauminister Frankreichs auf Kosten Deutschlands wurde, da jauchzte sein Freund und Rassebruder Ludwig-Cohn über diesen neuen Fortschritt Israels. Unter anderem meinte er auch, Rathenau sei sehr wenig kollegial, sein Geist würde entweder das ganze Kabinett durchdringen, oder Rathenau würde zurücktreten. Nun, Walters Geist ist durchgedrungen. Die Voraussetzungen dazu waren schließlich ganz günstige: drei jüdische Genossen, ein paar Demokraten und ein Busenfreund Matthias Erzbergers, der ihm dann auch vor versammeltem „christlichen" Zentrum bescheinigte, er habe mehr geleistet als die Frontkämpfer, die im Stadion versammelt gewesen waren.

Dieses Wort hat in der Presse noch nicht genug Beachtung gefunden. Man stelle sich vor: der Reichskanzler Deutschlands stellt einen Mann höher (den man öffentlich der systematischen Auswucherung des Staates und der Lüge bezichtigt hat) als die Tausende und Abertausende, die 4 Jahre lang ihr Leben für Deutschlands Freiheit eingesetzt hatten, und welche die lebende Stimme der 2 Millionen gefallenen Helden waren.

Das deutsche Volk hat auch diese Herausforderung ruhig hingenommen . . .

Rathenaus Geist frißt weiter. Niemand weiß es besser als die Herren in Berlin, daß es noch urwüchsige Stämme in den deutschen Landen gibt. Und unter dem Vorwande, das Reich zu einigen, rufen sie durch Brüskierung dieser Eigenheiten den Zwiespalt in Deutschland hervor. Die „preußische" Sicherheitskommission unterhält Polizeispitzel in München ohne Wissen der bayerischen Regierung, bayerische Justiz- und Polizeihoheit soll mit einem Federstrich abgeschafft werden; und im Augenblicke der „freundschaftlichen" Verhandlungen verlas der „christliche" Reichskanzler Mordgeschichten der abgesandten Spitzel, deren Berichte der bayerischen Regierung ebenfalls nicht bekannt waren.

Herr Schweyer sagte im Bayerischen Landtag: „Wie sich das Vorgehen der Reichsregierung mit dem wiederholt zugesicherten guten Willen zu einer Klärung der Verhältnisse zusammenreimen soll, ist schlechterdings unerfindlich." Das ist deutlich und kann doch nur besagen, daß man eingesehen hat, daß das heutige Berlin keine Einigung will, sondern nur die absolute Diktatur über den noch nicht ganz in Judenhänden befindlichen bayerischen Staat.

Im September 1920 sagte Rathenau dem Vertreter der Pariser „Liberté": „Der Zusammenbruch Deutschlands steht unmittelbar bevor. In der nächsten Zeit wird das Deutsche Reich in drei Teile zerfallen: Bayern, das sich mit den Resten Österreichs vereinigen wird, die Rheinprovinz und Norddeutschland, das unwiderstehlich dem Bolschewismus verfallen muß. Der Bolschewismus in Preußen wird methodisch und organisiert sein. Jeder wird auf seinem Platze stehen. Die Intellektuellen werden seine eifrigsten Führer werden, sie werden es sein, die das neue Gebäude errichten."

Wir haben zu diesen Sätzen nichts hinzuzufügen. Mit einem Prädikat, das sie würdigt, können wir sie als loyale Untertanen des jüdischen Wiederaufbauministers nicht begleiten, weil wir unsern Lesern auch die nächste Nummer unserer Zeitung übersenden wollen.

Man muß die Stimmen wägen und nicht zählen.
Der Staat muß untergehn, früh oder spät,
Wenn Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet.

So schrieb der ganz umsonst von unseren Internationalisten und Demokraten für sich in Anspruch genommene Schiller. Wir sehen das immer weiter fortschreitende Zerbröckeln des deutschen Staates: der Sturmbock gegen sein Gefüge heißt heute Bolschewismus und die Maschine, die ihn in Bewegung setzt, heißt Parlamentarismus. Nicht die deutsche Persönlichkeit, die eine Leistung hinter sich hat, regiert heute, sondern eine vielköpfige Herde Parlamentarier mißregiert die Länder, skrupellose Demagogen umnebeln die Geistesklarheit des deutschen Volkes. Es sieht nicht mehr den Abgrund, dem es entgegengeht: der Zertrümmerung des Deutschen Reiches, der Vernichtung des deutschen Volkes.

Im Jahre 1903 schrieb der Amerikaner Dennies: „Nie schafft eine Demokratie erträgliche Zustände . . ., auch bei uns wird sie letzten Endes Bürgerkrieg, Verwüstung, Anarchie heraufführen. Keinen weisen Mann gibt es, der die Unzulänglichkeit dieser Regierungsform nicht einsähe, keinen guten Mann, dem vor den elendiglichen Zuständen, die sie verursacht, nicht schauderte, und keinen tapferen Mann, der gegen eine solche Bedrohung das Schwert nicht zöge“.

Es ist nichts geschehen. Das Leben der Staaten entsittlichte zuerst im Westen. Jetzt ist Deutschland an der Reihe. Schiebung ist Regierungsprinzip geworden:

Die Errungenschaften der „großen“ Revolution vom 9. November!

Aus der Mörderzentrale.

(Devisenbeschaffung in München. – Ostjudenspekulation in Berlin.)

Eigentümlich, die Mörderzentrale Bayerns erlebt die Tagung des Reichsverbandes der Deutschen Industrie, die sogar durch die Anwesenheit und Gesprächigkeit des Herrn Walter Rathenau noch einen besonderen Reiz erhält. Der Zynismus des „Zeitgeistes“ liegt aber in folgendem:

Diese Tagung beschäftigt sich mit dem wichtigsten Problem für unsere Finanzgebarung, das uns durch das Ultimatum aufgezwungen ist. Es handelt sich um die Beschaffung der Devisen zum Zwecke der Aufbringung der Goldzahlungen und Reparationen an den Feind. Längst befaßt sich die deutsche Industrie mit dieser schwierigen Sache. Ob sie gelingt und welche wirtschaftlichen Folgen für das Reich dabei erwachsen, wollen wir hier nicht erörtern, davon ein andermal. Wir wollen hier nur eine sehr interessante Parallele ziehen.

Während man sich bemüht, die Reichsfinanzen mit Hilfe der Industrie ins Gleiche zu bringen, mußte die Berliner Börse in der letzten Zeit oft auf Tage schließen, weil sie die Aufträge bei Gelegenheit der Kurstreibereien in Industriepapieren und Valutageschäften nicht mehr bewältigen konnte. Die „Finanz- und Handelsbeilage der Vossischen Zeitung“ (Nr. 4?? vom 11. Sept. 1921) gibt nun darüber eine sehr interessante Auskunft. Die „Vossische“ steht gewiß nicht in dem Verdacht, von unserer Schriftleitung bearbeitet zu werden, und dennoch schreibt sie, daß in vorderster Reihe der an den Kurstreibereien Beteiligten russische, polnische und galizische Spekulanten stehen.

Es muß schon sehr dick gewesen sein, daß das Judenblatt mit diesem plumpen Täuschungsversuch das Augenmerk von den von Berlin aus so gehätschelten Ostjuden abzulenken versucht; denn um Ostjuden handelt es sich, und um sonst niemand. Flugs macht man „Russen“, „Polen“, „Galizier“ daraus. Auch andere Beobachter als der Zeilenschinder der „Vossischen“ haben die Vorgänge wahrgenommen, und die stellen ihre Rassenkenntnisse nicht so bescheiden in den Hintergrund. – Der Erfolg der Kurstreibereien ist das Fallen des Markkurses, und den bekommt das deutsche Volk zu spüren in einer wahnwitzig einsetzenden Teuerung. Wozu dann das Theater in München unter den Fittichen Rathenaus?

Pöhner und die „Münch. Neuest. Nachr.“

In derselben Ausgabe, in der die „M. N. N.“ das Rücktrittsgesuch Pöhners von seinem Posten bringt, widmet sie ihm einige Spalten weiter einen netten, wohlwollenden Nachruf. In der Morgenausgabe des nächsten Tages staucht sie ihn vom hohen Pferd herab wie einen Lehrbuben zusammen. Warum? Weil Pöhner den Mut gehabt hat, laut und deutlich durch die Veröffentlichung der Gründe seines Gesuches um Amtsenthebung Kritik zu üben an den Beschlüssen der bayer. Regierung und des Landtags, bezüglich der Aufhebung des Ausnahmezustandes. Die Schleimsiederin vom Färbergraben nennt dieses Verhalten Pöhners ungewöhnlich, tadelnswert und nicht der Tradition des Beamtentums in Bayern entsprechend. Also, wenn ein aufrechter Mann den Mut hat, von sich aus mit einer verrotteten Tradition zu brechen, dann hat er bei der Kuhhaut das Kraut ausgeschüttet.

Wir aber sind der Anschauung, daß der Wischer, den Pöhner mit seiner berechtigten Kritik dem nunmehr waltenden System gibt, von den Trägern des neuen Kurses redlich verdient ist. Daß es so ist, beweist allein schon die spaltenlange Abonnentenwerbung der „Münchener Post“ vom 28. September 1921, der würdigen Ergänzung der „M. N. N.“. Dieser Aufruf strotzt von Gemeinheit, Verhetzung und Verleumdung, von Beschmutzung widerlichster Art, die München und dem bayerischen Volk gewidmet ist. Wo bleibt denn da der Herr Dr. Schweyer mit seinem Verbotsautomaten, wenn dieses Hetzblatt schlimmster Sorte niederträchtigste Volksverhetzung und Aufpeitschung zum Klassenhaß betreibt? Aber freilich, der Minister a. D. Auer hat ja die Leitung dieses Blattes jetzt übernommen, während sein Vorgänger Kampfmeyer nach Berlin gegangen ist, um eine neue Zentrale für diese edlen Zwecke im großen zu schaffen. Bisher hatten wir noch ein paar Männer in Bayern, jetzt haben wir viele Schwätzer.

Der „Vorwärts“ und Bayern.

Einige Worte des Blattes der Juden Stampfer und Kuttner sollen noch nachträglich festgenagelt werden. Als Kahr zurückgetreten war, schrieb diese Wegbereiterin des Judenbolschewismus:

„Kahr ist tot! Der Weg ist frei für eine neue bayerisch-deutsche Politik! Möge man in Berlin erkennen, daß der Bayer sein heimisches Wesen und seine Selbständigkeit liebt, und möge man den Bayern Brücken bauen zu einer Zusammenarbeit mit dem Reich im Geist eines neuen Vertrauens!“ (Nummer 430.)

Diesen Hohn sollten sich die Bayern gut merken: Erst schlägt man alles Bayerische tot, dann macht man „bayerische Politik“. Und es gibt, weiß Gott, genug Hammel, die das nicht absonderlich finden! — Den Überfall auf das Auto des „Miesbacher Tagblatts“ verdreht der „Vorwärts“ dahin, die „parlamentarischen Führer aller (!!!) Parteien“ hätten sich unter dem „Druck des Putschgespenstes“ verständigt, „ohne Gebrauch der Machtmittel des Justizministers das Lastauto von Miesbach, das die Putschproklamationen bringen sollte, auszuheben. Tiefer kann das Vertrauen zum Staatsoberhaupt nicht mehr sinken“. (Nummer 430.)

Entkleidet man diese Worte ihrer Talmudistik, so predigen sie nackten Faustkampf. Warum sagte der „Vorwärts“ nicht als Erzberger erschossen wurde: „Wie tief muß das Vertrauen zu Herrn Schiffer und zum deutschen Gericht gesunken sein, daß Leute, ohne von den Machtmitteln des Justizministers Gebrauch zu machen, Erzberger zu erschießen beschlossen?“

In früheren Zeiten galt ein Rabbiner nur dann für voll, wenn er das Unreinste auf 150 verschiedene Arten als rein erklären konnte. Die Schriftgelehrten des „Vorwärts“ sind fleißige Schüler gewesen.

Juristentag in Bamberg.

In Bamberg sind die deutschen und jüdischen Juristen beisammen gewesen. Manchmal schien es, als ob hinter Worten der Empörung über die Rechtsungültigkeit der „Sanktionen“ usw. wirklich einige Männer ständen, die gewillt seien, das Deutschtum auch zu Hause zu vertreten. Vergebliche Hoffnung! Einem Führer der Deutschen Volkspartei (einem der Münchener Häupter, Prof. Bissing, der neulich öffentlich für einen scharfen Antisemitismus aufgetreten war) war es vorbehalten geblieben, dies zu bezeugen. Auf der 2. Plenarsitzung erklärte Prof. Kahl unter Hinweis auf ein Inserat in einer Bamberger Zeitung, das mit dem Hakenkreuz gezeichnet war und die auf deutschvölkischem Boden stehenden Mitglieder des Juristentages zu einer Versammlung einlud, dies sei der erste Fall, in dem der Juristentag zu politischen Zwecken mißbraucht worden sei; solche Unterscheidungen lehne der Juristentag ab, er kenne nur den Boden des Rechts, auf dem alle Mitglieder ständen.

Prof. Kahl tut dasselbe, was die Judenpolitik auch will: die völkische Bewegung zur Politik einer Partei stempeln. Das jüdische Gros des Juristentages mit Justizminister Schiffer an der Spitze, gehört unserer Anschauung nach überhaupt nicht in den Stand der Juristen hinein. Für uns darf es nur ein Recht geben, welches deutsch ist und es von vornherein unmöglich macht, daß ein Deutscher sich einem jüdischen Richter gegenübersieht. Dem völkischen Juristen rufen wir aber zu: Laßt nicht nach im Kampfe, der Sieg wird trotz den „Deutschnationalen“ und trotz der Stresemänner unser sein.

Zur Kenntnisnahme!

Der Bezugspreis für das 4. Vierteljahr in Höhe von M. 11.— ist bereits fällig. Wir bitten unsere Leser, die in heutiger Nummer beiliegende Zahlkarte zu benützen und uns den Betrag zu übersenden.

Auf diese Weise wird uns viel unnötige Arbeit erspart und erleidet auch die Zustellung unserer Zeitung keine Unterbrechung.

Freunde und Gönner unserer Sache wollen beiliegende Zahlkarte für Spenden benützen. Wir sind für jeden kleinen Betrag dankbar, da es nur durch ausreichende Unterstützung möglich ist, unser Blatt weiter auszubauen, um dasselbe weiteren deutschen Volkskreisen zuzusenden!

Die Geschäftsleitung.

Südostwind.

In Jugoslawien wird ein Gesetz gemacht, das die Todesstrafe festlegt für die Verbrechen der Valutaspekulation und des Schmuggels mit Valuta. Man muß es zu Ehren Jugoslawiens sagen: es hat die tiefere Wurzel alles Preiswuchers und aller Preistreiberei erfaßt und rückt ihr rücksichtslos zu Leibe. Das gleiche ist von Wien zu sagen. Dort fanden Demonstrationen statt, vor und in der Börse, die zu Tätlichkeiten gegen die Börsenjobber führten. Die Telegraphen- und Fernsprechangestellten haben den Beschluß gefaßt, gegen die Börsen und Banken einen Nachrichtenboykott zu verhängen und durchzuführen für alle Nachrichten, die sich auf den Handel und die Schiebung mit Valuta beziehen, um dem verbrecherischen Valutengeschäft das Handwerk zu legen, wenn nicht sofort von der Regierung gegen das gewissenlose Treiben dieser jüdischen Volksausbeuter mit aller Schärfe vorgegangen wird.

Und in Deutschland? Das Reich tut nichts, was auch nur irgendwie der Wucherzunft das Handwerk legen könnte. Bayern hat sich schon vielfach bemüht, beim Reich eine Gesetzgebung zu erreichen, die ihren Zweck in dieser Richtung erfüllen könnte. Alles umsonst. Die Berliner sind heute noch nicht aus den „Erwägungen“ herausgekommen. Die Gründe dafür zu nennen, verbietet die Maulkorbverordnung vom 29. August 1921. Trotzdem kennt sie heute jeder Säugling beinahe.

Nun hat endlich einmal ein Landtagsabgeordneter, Brügel, einen Antrag gestellt, der für wiederholte schwere Fälle von Wucher und Schiebung die Todesstrafe verlangt. Man darf überzeugt sein, daß diesem ohnehin schon nicht rücksichtslos genug gehaltenen Antrag vom Reich nicht stattgegeben wird. Warum? Das ist oft genug schon gesagt worden, als die Maulkorbverordnung noch nicht bestand. Heute davon sprechen, das heißt also, die nackte ungeschminkte Wahrheit sagen, trüge uns bloß ein Verbot ein und die Freude können wir den Berlinern und dem Herrn Dr. Schweyer nicht dauernd machen.

Die „Münchener Post“ ist ohnehin auf dem Posten. Sie hat ja erst kürzlich das Arbeitspensum für unsere neue Regierung aufgestellt, und darunter befindet sich auch eine Interpellation zur Lebensmittelteuerung, die in einen Dringlichkeitsantrag zur Kartoffelversorgung endet. Das ist doch schneidig, was? Die Lebensmittelwucherer und Preistreiber werden sich kaum mehr atmen trauen, und der Arbeiter freut sich jetzt schon, daß er sich nach dem Rezept seiner „Münchener Post“ den Bauch wenigstens mit Kartoffeln soll vollschlagen können. Dabei erinnere ich mich, daß ich mich im vorigen Jahre an den Gewerkschaftsbund hier zum Zwecke eines gemeinsamen Vorgehens gegen den Wucher gewandt habe, um ein Volksbegehren zur Einführung der Todesstrafe auf Wucher zustande zu bringen. Ich erhielt den „bedauernden“ Bescheid, daß der Gewerkschaftsbund ablehnen müsse. Die Begründung ersparte man sich; übrigens darf man sie hier unbeschadet der berühmten Verordnung aussprechen: Niemand will den Ast absägen, auf dem er sitzen möchte! Und die jüdische Oberleitung der Sozialdemokratie sitzt auf dem betreffenden Ast, genau wie es in den „Weisen von Zion“ heißt:

„Unsere Macht beruht auf dem dauernden Hunger und der Schwäche des Arbeiters. Nur in diesem Zustande muß er sich in jeder Beziehung unserem Willen unterordnen, da er in seinen eigenen Kreisen aus eigener Macht keine Hilfe findet, um uns Widerstand zu leisten“.

Das ist zwar sehr brutal ausgedrückt, aber einiges Nachdenken auch des Nichtantisemiten wird ihm die Richtigkeit dieses Satzes klarmachen. Er paßt genau auf die Art, wie bisher Wuchergesetze gemacht wurden, für die auch der Jude, begeistert sogar, seine Zustimmung gibt. „Wasch mir nur den Pelz, denkt er, so machst du ihn mir ja doch nicht naß, und ich sehe im Gegenteil recht rein und unschuldig aus.“ Hierbei ist als Beweis das Berlin, das in der Reichsregierung sitzt, anzuführen, wie es gekennzeichnet ist durch das, was durch die Maulkorbverordnung zu sagen verboten ist, aber zu denken nicht verboten werden kann. Die Verordnung ist eine zweischneidige Waffe, ihr Herren, der Geist lebt, und auf den kommt es an, auch und gerade in der Wucherbekämpfung! Es nützt euch keine Eulenspiegelei!

*

Unterdessen ist die bayerische Wucherabwehrstelle der bayerischen Hoheit entzogen und dem Reichsminister des Innern — dem Juden Dr. Gradnauer — direkt unterstellt worden . . .
All Heil! Hansjörg Maurer.

Mißgeburtshilfe.

Mit einer Hetzfanfare begann Hermann Müller den Görlitzer Parteitag der Mehrheitssozialisten. Mit einer Verherrlichung Dr. Wirths endete ihn Otto Wels. Geoffenbart hat der Parteitag nackt und deutlich das Ziel dieser Partei: Sie hat bisher ihre parteipolitischen Machtziele nicht allein erreichen können, eine Einigung mit den Unabhängigen und deren Ablegern ist auch nicht gelungen. Also sucht die Sozialdemokratie ihre Macht endgültig aufzurichten auf der Basis einer breiteren Koalition. Und darin liegt der Grund für das nur mühevoll und schlechtverhüllte Abschwenken im Verhalten zur Deutschen Volkspartei. Herr Stresemann ist zu einem Zusammengehen mehr als bereit. Er sagte: „Wenn an mich die Frage gerichtet wird, ob ich zu einem Zusammenarbeiten mit der Sozialdemokratischen Partei bereit bin, dann beantworte ich sie mit einem glatten Ja. ... Wir müssen eine Arbeitsgemeinschaft mit der Sozialdemokratie schließen.“

Also eine Arbeitsgemeinschaft will eine „nationale“ Partei mit einer marxistisch-internationalen schließen. Mit anderen Worten: Der Bonze verkauft seine Wähler und mißbraucht ihr Vertrauen. Es ist ungefähr so, als wollte man ein Reis der Zeder des Libanon auf einen Apfelbaum verpflanzen und davon eine edle Frucht erwarten. Das Interessante bei dem Kuhhandel ist, daß das Festhalten an Dr. Wirth auf dem Parteitag in aller Form proklamiert wurde, und daß Dr. Wirth vorher von dem Streben nach einer breiteren Koalition unterrichtet war und zu diesem Vorgehen sein Einverständnis erklärt hat. Fürwahr, ein merkwürdiger Zentrumsmann! Mit dankenswerter Deutlichkeit wird im „Vorwärts“ ausgesprochen, „daß der Verzicht auf die Koalitionspolitik überhaupt unter den gegenwärtigen Umständen nichts anderes bedeutet, als den — man höre!! — kaum noch vermeidbaren Bürgerkrieg. Mißlingt der Versuch, weil bürgerliche Koalitionsmitglieder ihre loyale Mithilfe versagen, dann tragen diese die Verantwortung für alles, was daraus folgt.“ Mit anderen Worten: „Geht die Deutsche Volkspartei nicht mit unserem Programm einig, dann stecken wir Deutschland in Brand!“ Und die Deutsche Volkspartei? Sie modelt und drückt an der Form herum, wie sie ihren „nationalen“ Grundsätzen treubleiben und doch mit der marxistischen Internationale gehen könne, statt ein glattes Nein zu sagen?

Die ganze Angelegenheit ist nichts anderes, als die Dokumentierung der Unfähigkeit, Ziellosigkeit und Korruption der Gesinnung, ein offener Unrat von Vaterlandslosigkeit um des Parteiwohles willen, das von den Parteiführern mit eigenpersönlichen Ehrgeizgelüsten gleichgestellt wird. Wenn je, so ist der Beweis, daß die Parteipolitik der schlimmste Feind Deutschlands ist, mit diesem Techtelmechteln erbracht. Die Sozialdemokratie sieht ihrer vollendeten Pleite entgegen, der internationale Sozialismus hat abgehaust und sichert sich nur auf der Straße, durch Erpressung, wüste Hetze, eine ekelhafte und kümmerliche Ausdrucksform, und da bringt es eine sogenannte nationale Partei fertig, diesem Leichnam neues Leben zuführen zu wollen und das Ganze dann eine Arbeitsgemeinschaft zu nennen! Und die Wählermassen werden gar nicht gefragt, die sehen verdutzt den Vorgängen zu und wundern sich hernach, wenn dank der Mithilfe ihrer Partei dem Prinzip des Untergangs in Deutschland die Macht in die Hände gespielt ist. Sie sollen sich dann aber nicht wundern, wenn unser ganzes Staats- und Wirtschaftsleben mit einem Schlag zusammenkracht. Die ganze Parteiwirtschaft stellt heute einen dicken Filz dar, und die Parteiführer stampfen mit ihrer gewissenlosen Kompromißtaktik diesen Filz immer dichter. Und dem daraus sich ergebenden Parlament ist das Wohl des Volkes anvertraut! Ein kleiner, aber um so wüsterer Abschnitt dieses Filzes wurde in Görlitz neuerdings wieder zurechtgestampft.

Wem es bisher noch nicht klar war, der konnte es aus der Brandrede jenes Kanzlers a. D. Müller, der seinen Namen unter den Versailler Fetzen schrieb, abnehmen, daß er mit kühnem Schwung die Richtlinie des sozialdemokratischen Parteistrebens nach der Diktatur des Proletariats — Muster Sinowjew-Apfelbaum — vorgerissen hat. So ziemlich alles, was einem Deutschen heilig ist, hat der Hetzapostel mit Dreck beschmissen, und wir wünschen den Führern der Deutschen Volkspartei recht viel Vergnügen, sich in diesem Unrat zu sielen. Wenn ihre Wähler nicht ganz verdröselt sind, dann schenken sie solche Führer den Genossen Hermann Müllers mit Handkuß und befreitem Aufatmen.

Daß der ergebene Sowjetdiener sich natürlich an den bayerischen Verhältnissen wetzen mußte, ist nicht weiter verwunderlich, hat doch gerade Bayern bisher bewiesen, daß die Internationale verdammt abzuhausen begonnen hat, und nur mit Unterstützung des zweiten Moskau — Berlin — gelang es angesichts der Haltung der Parlamentsmehrheit die antimarxistische Entwicklung zu unterbrechen.

Taktik! Das ist die Losung geworden, mit der die Parteien arbeiten. Wahrheit ist ihnen verhaßt. Kompromiß die Nahrung, mit der sie sich weitergaunern. Der Ruin Deutschlands ist das Endergebnis aus diesem Gemisch. Und dies alles unter der verlogenen Maske, dem Vaterland zu dienen. Gott sei Dank, ist das Volk auch noch da. Sehr sogar! Es bedarf nur noch einiger solcher famoser Parteitage, samt den dazugehörigen Stresemannreden, dann jagen die Wähler die Führer zum Teufel, die mit dem Vertrauen des Volkes Schindluder treiben.

Görlitz hat den Auftakt gegeben!

Geheimorganisation der Juden in Amerika.

Die beiden größten jüdischen Geheimorganisationen in Amerika sind die Kehillah in Neuyork und das American Jewish Committee. Einfluß und Macht derselben sind so groß, daß sie eine Geheimregierung über Amerika ausüben und von hier aus über die meisten Länder der Erde. „Die Newyork Kehillah ist der ausschlaggebende Faktor in dem politischen Leben des heutigen Neuyork" heißt es in dem jüngst erschienenen zweiten Bande des „Internationalen Juden" der Fordschen Dearborn Publishing Company. Die erste Probe ihrer Macht gab die New York Kehillah, als es ihr gelang, den Polizeipräsidenten der Stadt Neuyork, General Bingham zu entfernen, nachdem dieser die Behauptung aufgestellt hatte, daß 50 Prozent der in Neuyork begangenen Verbrechen auf Rechnung der Juden kämen und nachdem er im besonderen für den weißen Sklavenhandel (Mädchenhandel) die Juden verantwortlich gemacht hatte. Das war im Jahre 1908. Und gleich darauf wurde eine amerikanische Revue, die es gewagt hatte, mit einer Serie von Artikeln über die Auskundschaftungen der Polizei betreffend den internationalen Mädchenhandel der Juden zu beginnen, gezwungen, nach Erscheinen der ersten Artikel die weitere Veröffentlichung einzustellen [1].

Das Wort Kehillah bedeutet soviel als regierende Gemeindeversammlung. Kehillah ist die Regierung der Juden in der Diaspora. Seit die Juden über die Erde zerstreut sind, haben sie eine eigene Regierung organisiert, die unbeschadet der nichtjüdischen Eingeborenen-Regierungen funktioniert. „Die Friedenskonferenz hat die Kahal" (ziemlich dasselbe wie Kehillah) „in Polen und Rumänien sanktioniert". Die New York Kehillah ist die größte und mächtigste Vereinigung von Juden in der ganzen Welt. Das Zentrum der jüdischen Machtherrschaft ist nach Neuyork gelegt. Daher der gewaltige Einwanderungsstrom von Juden überallher nach Amerika. Neuyork ist für die Judenheit, was Rom für den Katholizismus und Mekka für die Mohammedaner ist. Deshalb ist die Judeneinwanderung nach Neuyork in noch höherem Maße freigegeben, als nach Palästina."

In der New York Kehillah sitzen Juden aller Richtungen und Schattierungen. In diesem Punkte sind sie alle einig, der Kapitalist und der Bolschewist, der Rabbi und der Sowjetist, der orthodoxe und der liberale Jude, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer. „Vergreifst du dich an einem jüdischen Kapitalisten, springt der rote Anarchist, welcher auch Jude ist, zu seiner Verteidigung". In der Mehrzahl besteht die New York Kehillah aus radikalen Elementen, aber in der Leitung sitzen Juden, welche in der Regierung, Gerichts- und Bankwelt einen hohen Rang bekleiden: sie sind es, welche die Regierung ausgewählt haben, die das russische Reich zu übernehmen hatte, und welche den Juden bestimmt haben, der den Platz des Zaren einzunehmen hatte.

Die Organisation der Kehillah ist folgende: die Stadt Neuyork ist in zehn Distrikte eingeteilt, über die hundert Ortsgruppen der Kehillah nach Verhältnis der Bevölkerungsdichtigkeit verteilt sind. Jeder dieser Ortsgruppen steht eine Verwaltung vor, die ihre Maßnahmen im Einvernehmen mit der Zentralleitung trifft. In den Ortsgruppen vereinigen sich aber gleichzeitig alle jüdischen Vereine des betreffenden Distriktes, einschließlich Synagogen und Logen. Vor einigen Jahren waren in einer Kehillah-Zusammenkunft 688 Gesellschaften und Vereine vertreten; heute soll ihre Zahl weit über 1000 betragen. In einzelnen Distrikten ist die Dichtigkeit der jüdischen Bevölkerung so groß, daß auf die Quadratmeile 300 000 jüdische Einwohner kommen (East Broadway, Delancey Street, Manhattan, Brooklyn), in anderen 200 000, in weiteren 100 000. Mehr als ein Drittel, nämlich 38% der jüdischen Bevölkerung, = 570 000 Juden leben auf einer Bodenfläche, die nur ein Prozent derjenigen von ganz Neuyork beträgt.

Nun zunächst einiges über das American Jewish Committee, das für das ganze Land Amerika dasselbe bedeutet, wie die Kehillah für Neuyork, außerdem aber die ausschließliche Entscheidung hat über alle Fragen nationalen und internationalen Charakters, soweit sie Juden angehen. Die Hauptfragen und -forderungen sind folgende:

1. Die ungehinderte Zulassung von jüdischen Immigranten nach Amerika aus allen Teilen der Erde.

2. Die Unterdrückung aller Bezugnehmungen auf Christus durch Regierungs- und Gemeindebehörden in offiziellen Veröffentlichungen und bei öffentlichen Versammlungen.

3. Offizielle Anerkennung des jüdischen Sabbat.

4. Das Recht der Juden, ihre Geschäfte, Läden und Arbeitsstellen am Sonntag offen zu halten und am Sonntag zu handeln („arbeiten").

5. Verbot aller Weihnachtsfeiern und öffentlichen Schulen, an öffentlichen Plätzen, in Polizeiquartieren, im besonderen Verbot des Weihnachtsbaumes und des Singens von christlichen Liedern und Chorälen.

6. Einrichtung jüdischer Gerichtshöfe („Bet Dins") in öffentlichem Dienste.

7. Das Recht, aus den Schulen alle Literatur zu entfernen, gegen die vom jüdischen Standpunkte aus Einwürfe zu erheben sind.

8. Verbot, das Wort „Christlich" in Verbindung mit Staat, Religion, Nation, bei öffentlichen Bekanntmachungen zu gebrauchen, da es einen Eingriff in jüdische Rechte und eine Beleidigung der Juden darstellt.

Mit Recht sagt der amerikanische Verfasser hierzu: „Unter dem Deckmantel des Ideals der Freiheit haben wir gewissen Leuten die Freiheit gegeben, unsere Freiheit anzutasten."

Wie zähe und erfolgreich aber die jüdischen Organisationen diese Forderungen vertreten und bis zu einem beträchtlichen Maße durchgesetzt haben, dazu diene folgendes Beispiel: Im Jahre 1918 wandte sich Louis Marshall, der Präsident des „American Jewish Committee" an den Kriegsminister Newton D. Baker mit der Beschwerde, daß in Ausschreibungen für Arbeiten in den Kriegswerkstätten gefordert worden sei, die Bewerber müßten Christen sein. Der Kriegsminister antwortete, daß er sogleich einen Befehl erlassen habe, daß künftig bei allen Ausschreibungen dieser Unterschied nicht mehr gemacht werden dürfe. In dieser und ähnlicher Richtung arbeitete das „American Jewish Committee" so erfolgreich, daß es jetzt nicht mehr möglich ist, in einer Zeitungsanzeige zu sagen, daß man nur auf nichtjüdische Bewerber reflektiert, während natürlich die Juden sagen dürfen, daß sie nur jüdische Bewerber wünschen. Und so kam es, daß z. B. die Universitätsbehörde von Neuyork den Kindergarten-Schulen Weihnachtsbaum und Weihnachtslieder verbot, daß Chicago den Weihnachtstag als Feiertag aufhob, daß im amerikanischen Geschäftsleben der Sonnabend als Sabbat schon bis zu einem beträchtlichen Grade durchgeführt ist, soweit gehend, daß in einigen Städten der Fortbildungsschulunterricht am Freitag Abend verboten ist, weil zu der Zeit der Sabbat beginnt. Also eine Verjudung der Welt, wörtlich genommen, ist beabsichtigt und ist schon im Gange. Und wenn die Juden so viel Energie darauf verwenden, die christlichen Gebräuche zu beseitigen, so ist es ihnen hierbei nicht etwa um das Christliche zu tun, sondern um das schlechthin Nicht-Jüdische und um das Arische und Arisch-Germanische. Kurz, auf die Rasse, nicht auf die Konfession kommt es auch hierbei an.

Beiläufig bemerkt: Die Zeitung „The Independent Leader", die das, was wir „Antisemitismus" nennen (sie selbst will nichts davon wissen, daß sie „antisemitisch" wäre), zum Ausdruck brachte, erregte derart die Wut und den Ärger der Juden, daß sie die Anklage erhoben, jeder Artikel des „Independent Leader" sei ein Pogrom. Und als es zu einem großen öffentlichen Protest gegen „Antisemitismus" kam, und in den Zeitungen dementsprechende große Anzeigen erschienen, fand man unter den Unterschriften auch die eines gewissen Woodrow Wilson. Wo es sich zahlt, zu gefallen, und wo es sich zahlt, zu unterzeichnen...

Eines der Hauptmittel, dessen sich die jüdischen Organisationen in Amerika (wie übrigens auch in England und neuerdings in verstärktem Maße bei uns) bedienen, ist die Massenversammlung (Mass Meeting). „Die New York Kehillah und das American Jewish Committee können binnen einem Tage Massenversammlungen in jeder Stadt der Union berufen und nach Wunsch arbeiten lassen." Sie sind nicht zum wenigsten ein politisches Instrument und je nachdem ein Schreck-, Droh-, Zwangs- und Erpressungsmittel. Es war durch Massenversammlungen, daß die Regierung den Handelsvertrag mit Rußland aufhob, es war durch Massenversammlungen, daß die Freiheit der Einwanderung erhalten blieb, und wenn heute Präsident Harding versuchen würde, einen Juden aus seinen Ämtern zu entfernen, würden morgen abends Protest-Massenversammlungen in 100 der größten Städte der Union die Antwort sein.

Neben den genannten beiden Organisationen ist es dann noch der Unabhängige Orden von B'nai Brith und die „Anti-Defamation League", welche in der gleichen Richtung tätig sind. Die Namen der Hauptführer kehren überall wieder: Brandeis, Warburg, Morgenthau, Elkus, Strauß, Louis Marshall, Mack, Wolf, Kraus. Das Hauptquartier des Ordens B'nai Brith (das hebräische „Bundes-Bruder") ist Chicago. In Amerika zählt er weit über eine Million Mitglieder. Außerhalb Amerikas sind seine Hauptplätze Berlin, Wien, Bukarest und Konstantinopel. Aber er ist auch in Asien und Afrika verbreitet. Die Anti-Defamation League ist der amerikanische „Zentralverein deutscher Staatsbürger jüdischen Glaubens" und arbeitet wie dieser.

Als die Exilarchen Judas in der Neuyorker Zentrale kann man Louis Brandeis, Bernard M. Baruch („Pro-Konsul") und Louis Marshall nennen. Aber die Juden haben insgeheim auch schon ihren König gewählt: Herbert Samuel in Palästina. „Israel, welches die Übernation oder das auserwählte Volk ist, hat ein Königreich, welches über alle Königreiche herrschen wird, mit Jerusalem, als der Hauptstadt der Welt." Und abermals müssen wir sagen: dahin wird es kommen, wenn sich die arischen Völker nicht dazu bequemen, die Juden unschädlich zu machen . . .

Dr. H. Pudor.

[1] Der Mädchenhandel ist immer eine der Hauptquellen der großen Reichtümer der Juden gewesen. In Deutschland diente eine der größten Schiffahrtsgesellschaften in der Hauptsache aber diesem Zwecke. Kurz nachdem wir dies aufgedeckt hatten, schied Aron Ballin freiwillig aus dem Leben.

Tschechische und deutsche Politik.

Von unserem ständigen Mitarbeiter in der Tschechoslowakei.

In der tschechischen Politik geht es bereits recht lebhaft zu, soll doch das Beamtenkabinett durch eine „allnationale Regierung" ersetzt werden, die nichts anderes darstellen wird als eine erweiterte „Petka". Das Strohpuppenkabinett des Beamtenministeriums Černy soll verschwinden und an seine Stelle soll eine Regierung von den tschechischen Nationaldemokraten bis zu den Sozialdemokraten treten. Im wesentlichen wird sich dadurch nicht viel ändern, denn es haben ja die tschechisch-nationalen Parteien, denen auch die tschechischen Sozialdemokraten beigezählt werden müssen, auch bis jetzt eben durch die „Petka" regiert. Seinerzeit sind die tschechischen Sozialdemokraten aus der Regierung ausgetreten, weil sie hofften, dadurch leichter den Kommunisten das Wasser abgraben zu können. Diese Hoffnung hat sich als trügerisch erwiesen und so haben die tschechischen Sozialdemokraten die letzte Scheu abgelegt und greifen mit beiden Händen zu, da es gilt, vier Ministerstühle zu besetzen. Sie haben zwar einige Mindestforderungen aufgestellt und verlangen insbesondere die Trennung der Kirche vom Staat, doch sind diese Mindestforderungen keineswegs als conditio sine qua non aufzufassen, daher auch nicht sonderlich ernst zu nehmen. Ansonsten tuten die tschechischen Sozialdemokraten fröhlich in das national-chauvinistische Horn, so daß selbst einem Kramarsch das Herz lacht und er bei einer festlichen Veranstaltung zu Olmütz seiner Freude darüber Ausdruck verleihen konnte, daß aus den roten Sozialdemokraten blau-weiß-rote geworden seien. Der Kongreß der tschechischen Sozialdemokraten, der am 4. September zu Prag tagte, erklärte, man müsse die Politik Tusars gegen die Deutschen fortsetzen und machte den Vertretern in der Regierung zur Pflicht, „unnachsichtlich gegen die deutsche Irredenta vorzugehen". Daraus kann man ermessen, wes Geistes die kommende Regierung sein wird. Selbst das Hauptblatt der deutschen Sozialdemokraten, der Prager „Sozialdemokrat", mußte feststellen: „in nichts Wesentlichem unterschied sich Tusar von Kramarsch". Das Schwergewicht liegt also auf dem Wörtchen gegen, es wird eine Politik gegen die Deutschen sein und den Vorwand hierzu soll eine gar nicht bestehende deutsche Irredenta liefern. Wenn aber die Tschechen all überall Irredenta wittern, ist dies nicht ein Zeichen ihres eigenen schlechten Gewissens? Bemerkenswert ist, daß nun zu Prag Dr. Jelik ein mutiges Büchlein erscheinen ließ mit dem Titel „Wie wir uns entösterreichern". Er tritt hierin für eine Verständigung mit den Deutschen ein und schreibt unter anderem: „Wir müssen uns mit den Deutschen bis zu einer gewissen Zeit verständigen, aber so viel glaube ich schon heute behaupten zu können, jeden Tag, um den wir den Ausgleich verschieben, erschweren wir unsere Lage und erleichtern sie den Deutschen. Wenn wir uns nicht bis zum letzten Termin mit den Deutschen verständigen werden, so wird die Republik ebenso zerfallen, wie Österreich-Ungarn zerfallen sind, weil sie es nicht verstanden haben, ihre Völker rechtzeitig politisch zufriedenzustellen."

Leider ist die deutsche Politik nicht von derselben Betriebsamkeit wie die tschechische. Wichtige Entscheidungen bereiten sich vor, wir stehen im Herbst einer verstärkten tschechischen Phalanx gegenüber. Noch sind die Gräber der drei Blutzeugen von Aussig aus den Augusttagen frisch. Von der deutschen Politik aber stellt das „Prager Tagblatt" fest „Über allen Wipfeln ist Ruh". Und man kann diesmal leider diesem Blatte nicht unrecht geben. Auch die völkische Presse hat die deutsche Führung angegriffen, weil sie die Bevölkerung in allen entscheidenden Augenblicken ohne Losung ließ. Wenn auch, wie „Strategos" in der „Bohemia" darlegt, es wiederholt sehr schwierig war, die richtige Losung auszugeben, diese oft nicht volkstümlich gewesen wäre oder die Gefahr bestanden hat, daß sie durchbrochen worden wäre, so muß doch gesagt werden, daß der oberste Grundsatz der Strategie darin besteht, daß alle nach einem einheitlichen Plane marschieren, daß von einem verantwortlichen Zentrum aus alle Bewegungen dirigiert werden, und daß bis zum letzten Truppenkörper rechtzeitig die „Ordre de Bataille" gelange. Hoffentlich bessern sich diese Zustände. Ein ständiger Parteienvollzugsausschuß ist gebildet worden.

Es gäbe genug wunde Punkte an diesem Staate, wo die Deutschen den Hebel einsetzen könnten. So befindet sich der tschechische Staat trotz der roten Backen seiner Valuta in einer finanziellen galloppierenden Schwindsucht. Kaum konnten noch

Festspielbetrachtungen.

I.

Auch heuer haben wir uns wieder den Luxus geleistet, einige von den Festspielen der Staatstheater in München zu besuchen: Diejenigen nämlich, welche uns im Interesse unserer Anschauungen von Theater und Musik besprechenswert erschienen. Denn wie schön es ist, über unsere Staatstheater bisweilen Lobgesänge anstimmen zu dürfen, wissen diejenigen am besten, welche berufsmäßig mit diesen öffentlichen Wohlfahrtseinrichtungen zu tun haben. Jedennoch weiß die große Masse unserer andächtigen Theaterbesucher meist nicht recht Bescheid gerade um die Dinge, deren Kenntnis als einzige Voraussetzung für eine größere Anzahl von Theaterskandalen genügend wirksam wäre. Der Kritiker kann diese leider nicht allein in Szene setzen; er ist infolge jahrelanger Schulung seiner inneren Regungen einer der anständigsten Theaterbesucher, gegen Transkaukasier, Galizier und Japaner befleißigt er sich größter Höflichkeit in Foyers, Logen und in der Garderobe; er schimpft nie an Ort und Stelle über eine schlechte Sängerin oder unachtsame Kulissenschieber, sondern ist gehalten, diese Rücksichtnahme bis zur Abfassung seines Berichtes zu pflegen.

Auch hierbei ist äußerste Vorsicht am Platze: denn Zeitungen, die auf den Abweg deutscher Aufrichtigkeit geraten, sind energischen Regierungen (mit zeitgemäßen Anschauungen von der Identität zwischen „Ruhe" und „erster Bürgerpflicht") mit vollem Recht ein Dorn im östlich-republikanischen Auge. Sie pflegen angewiesen zu werden, einige Zeit auf ihr Erscheinen zu verzichten. Also fasse der Kritiker, was er etwa zu sagen habe, in eine möglichst demokratische Form!

Daher möchte der Referent dieser wenigen Zeilen zuerst nur einige wenige Beobachtungen, die er bei den Festspielen machen durfte, der Allgemeinheit zur gefl. Kenntnis bringen. Das sind: Die Einwanderung aus den weiter östlich gelegenen Ländern Europas und ihre Folgen für die Festspiele, dann das Vorhandensein von zahlreichen ehemaligen solchen Eingewanderten in Deutschland und in den Festspielen, ferner die Fremden an und für sich und die Festspiele, zuletzt die Festspiele an sich.

Zum ersten ist lediglich kurz zu berichten, daß man in Anbetracht der in diesen östlich gelegenen Ländern Europas herrschenden Cholera immer in gewisse Erregungszustände versetzt wird, wenn man neben einen dieser Eingewanderten (im Volksmunde gemeiniglich Juden genannt) zu sitzen kommt. Dieser Fall trifft häufig zu.

Zum zweiten ist lediglich kurz zu berichten, daß man in ähnliche Erregungszustände versetzt wird, wenn man neben ehemaligen solchen Eingewanderten (die gemeiniglich gleichfalls Juden genannt werden) seinen Platz hat. Denn dieselben stehen nach Ministerialerlaß des Staatsministeriums des Innern vom 10. August 1921, Betreff Vorkehrungen gegen übertragbare Krankheiten, „in meist heimlichen Verkehrsbeziehungen" zu jenen, weisen auch sonst gewisse Ähnlichkeiten mit ihnen auf. Dieser zweite Fall trifft noch häufiger zu.

Zum dritten ist lediglich kurz zu berichten, daß das übrige Publikum der Festspiele vorzüglich besteht aus Engländern, Amerikanern, Japanern, Italienern, Jugoslawen und Böhmen. Schmerzlich vermißt werden vor allem die Franzosen. Deutsche sind in Ansehung des Achtstundentages wenige in den Festspielen zu finden.

Zum vierten ist einiges wenige zu berichten: Vor allem muß gebrandmarkt werden, daß unter den vier Dirigenten der Opern zwei Deutsche sich befinden! Theater, welche eine so große Besucherzahl fremder Interessenten finden wie die bayerischen, sollten für eine Verteilung der ausführenden Künstler sorgen, die nicht in einem derart schreienden Mißverhältnis zur Stammeszugehörigkeit der Besucher stünde. Man nehme für das nächste Jahr die Verteilung der Arbeit und Besetzung der Rollen etwa wie folgt vor: zwei Drittel derselben nehme man von Stammeszugehörigen der obenerwähnten Einwanderer aus dem östlichen Europa, ein Drittel sei für unsere Freunde über dem großen Wasser reserviert; auch etwa für hoffentlich bald aus Frankreich eintreffende Künstler.

Über die Aufführungen in Bälde einige Bemerkungen.

H. B.

Münchner Theater.

Lustspielhaus. „Die Spitzenkönigin", Operette in drei Akten von Rich. Bars und Oskar Felix, Musik von Walter W. Goetze. Kurt Olfers, der uns im vorigen Winter mit ganz vortrefflich geleiteten Operettenaufführungen erfreut hatte, ist wieder zurückgekehrt, hat das Lustspieltheater, das bisher nur eine Art Theaterersatz war, unter erheblichen Kosten umgebaut und nun zu einem ganz entzückenden, überaus behaglichen und eleganten Theaterraum ausgestattet. In diesen neuen Räumen gab er am 20. September die Erstaufführung einer hier noch unbekannten Operette: „Die Spitzenkönigin" von Walter Goetze. Der Text dieses Werkes würde im ersten Akte noch einige Kürzungen vertragen, ist aber auf einer guten dramatischen und vor allem reinlichen Unterlage aufgebaut. Die Musik gehört zu dem Besten, das heute auf dem Gebiete der Operette gebacken werden konnte. Sie streifte wohl manchmal ins Opernhafte, bringt so manchen Puccinismus, weist auch manches Banale auf, läßt uns aber doch manche Melodie mit nach Hause nehmen. Eine treffliche Unterstützung fand das Werk durch den Darsteller, die Olfers wieder mit bereits bewährtem Geschick zu gewinnen wußte. Besonders hervorragend ist Elsa Inera, die in gesanglicher Beziehung wirklich Musterhaftes leistet und auch schauspielerisch über viele ihrer Kolleginnen hinausragt. Ihren Gegenspieler Hans Forstner kennen wir bereits aus den vorjährigen Aufführungen, sein Stimmaterial ist glänzend, sein darstellerisches Talent bedeutend. An weiteren Kräften sind noch Roland Miller als durchaus diskreter Komiker, Hans Walden als sehr beweglicher und auch stimmlich vorzüglicher Buffo und Joseph Guggenbühler als guter Sänger hervorgehoben. Fritzi Kuschel (wohl eine Verwandte der seinerzeit berühmten Wiener Lokalsängerin Leopoldine Kuschel, der sie stark ähnelt) ist wohl stimmlich wenig begabt, sie entschädigt aber reichlich durch Beweglichkeit und gutes Spiel. Endlich ist noch Irene Gerold in einer ihr nicht besonders liegenden Rolle zu nennen. Ein Urteil soll daher für spätere Zeiten zurückgestellt werden. Das ganze übrige Personal zeigt ein gutes Zusammenspiel, die Ausstattung ist prächtig und schließlich muß noch dem Orchester unter Kurt Castors bewährter Leitung ein Lob ausgesprochen werden. Schon die erste Vorstellung läßt uns erhoffen, daß dem Münchner Theaterleben in Kurt Olfers Operettentruppe ein bedeutender Gewinn geworden ist, möge nun das Publikum in hellen Scharen kommen, hören und sehen, es wird unter allen Umständen auf seine Rechnung kommen.

die im August fälligen 300 000 Dollar auf amerikanische Baumwollwechsel aufgebracht werden und schon sind die englischen Wechsel für das chinesische Mehl fällig, in den Staatskassen aber herrscht Ebbe. Eine Anleihe jagt die andere und da die freiwilligen Anleihen nichts einbringen, greift man zum Verzweiflungsmittel der Zwangsanleihen. Die Baulosanleihe brachte statt 1 Milliarde nur 50 Millionen, die Zwangsverkehrsanleihe hatte ebenfalls nicht den gewünschten Erfolg. Nun wird die fünfte Staatsanleihe aufgelegt, die sogenannte Mehlanleihe. Und ehe sie noch aufgelegt wurde, nahm die Regierung bereits 500 Millionen Vorschuß darauf. Eine Anleihe auf den Verbrauch, statt auf werbende Anlagen. Das ist die Methode eines **Verschwenders und Kridatars**. Das finanzielle Elend ist nur eine Folge der ungeklärten innerpolitischen Verhältnisse. Nur ein Systemwechsel kann helfen. Dr. A. S.

Erzberger und die Auslandsdeutschen

(Aus Kreisen der Auslandsdeutschen geht uns nachstehender Aufsatz zu, den zu veröffentlichen wir uns verpflichtet fühlen, da uns das Andenken der 2 Millionen toten Deutschen wertvoller dünkt, als der eine Matthias Erzberger. D. Schriftl.)

In Nr. 24 der „Auslandswarte" bringt der Bund der Auslandsdeutschen an der Spitze seiner offiziellen Mitteilungen einen dem ehemaligen Reichsfinanzminister gewidmeten Nachruf, der nicht unwidersprochen bleiben darf.

In diesem Erguß wird uns Auslandsdeutschen suggeriert, wir sollten dieses Mannes „in gutem gedenken", der „ein offenes Auge für die Not unsrer vertriebenen Volksgenossen" gezeigt habe, und der weiterhin als „Schöpfer" des Vorentschädigungsgesetzes gepriesen wird. Die Krone aber wird diesem von Anfang bis zu Ende undeutschen Machwerk aufgesetzt durch den Schlußsatz, in dem es heißt, daß „es zu wünschen ist, daß an der Stelle, an der heute sein Nachfolger steht, dieselbe Gesinnung walte"!!

Angesichts einer solchen, sagen wir einmal . . . Vergeßlichkeit muß man sich denn doch fragen: sind denn das überhaupt deutsche Volksgenossen, die von der obersten Leitung des B.d.A. aus in dieser sinnverwirrenden Weise zu uns sprechen? Haben diese Herren es denn ganz vergessen, daß dieser selbe Erzberger es war, der schon seit langen Jahren unsere Kolonialpolitik mit allen, selbst den unsaubersten Mitteln hintertrieb, der stets und ständig ein erbitterter Gegner der deutschen Wirtschaftspolitik war und bis an sein unseliges Ende geblieben ist? Ist diesen Lobrednern schon gar nicht mehr bewußt, daß jener Landesverräter, der den Geheimbericht des Grafen Czernin vom 12. April 1917 in die Hände unserer Feinde spielte, die daraufhin (lt. „Times" v. 29. Juli 1919) die bereits ausgestreckten Friedensfühler schleunigst wieder einzogen und von nun an den „knockout" predigten und schließlich auch rücksichtslos vollzogen . . ., daß dieser Mann wiederum Erzberger hieß? Erinnern sich die Führer des B.d.A. nicht mehr daran, daß gleichfalls der ewig geschäftige Erzberger Hals über Kopf nach Compiègne rannte, um dem Feinde mit vollen Händen noch unendlich viel mehr zu „bewilligen", als dieser sonst jemals zu fordern gewagt hätte? Gab Erzberger nicht ohne jede Notwendigkeit unsere stolze Handelsflotte dahin, wodurch Tausende und aber Tausende deutscher Volksgenossen des In- und Auslandes mit einem Schlage brotlos wurden? Und war dann nicht wiederum Erzberger der böse Geist, der unablässig auf die Annahme des unsere gesamte Wirtschaft vernichtenden Friedensdiktates und aller noch so entehrenden und unerfüllbaren Zusätze hinwirkte?

Es mag ja schon sein, daß er ein Auge für unsere Not hatte; denn wer sollte es sonst haben, als er (Erzberger!), der sie durch seinen Landesverrat heraufbeschworen und dann durch seine unselige Ministertätigkeit bis zur vollendeten Katastrophe ausgeweitet hat?! War es nicht etwa die unmittelbare Folge gerade seiner hochweisen Steuer- und Finanz-„Reformen", die unserm Währungszeichen nach dem völligen Verlust des moralischen Wertes auch noch die letzten schwachen Stützen realer Wertfaktoren vollends entzog? Niemals stand unsere Valuta so erbärmlich, wie zur Zeit der Erzbergerschen Glanzperiode, und sie schnellte sprunghaft in die Höhe, in dem Moment, als dieser Gaukler in der Versenkung verschwand!

Was bedeutet es gegenüber diesen Tatsachen der Entehrung und der Verelendung des ganzen deutschen Volkes, daß ihr Urheber, Erzberger, nachher aus den ja doch ganz und gar entwerteten Reichsgeldern den geschädigten Auslandsdeutschen eine schäbige Milliarde . . . . in Aussicht stellte? Und da gibt es wirklich Deutsche, die sich durch eine Handvoll Plattheiten schmeicheln lassen, die dieser gerichtsnotorisch als zum mindesten nicht einwandfrei charakterisierte Volksverderber ihrem Bundesvorstande gnädigst hintelegraphieren läßt? Solche Worte aus solchem Munde sind viel eher ein Hohn und Spott, den sich jeder anständige Deutsche auf das allerentschiedenste verbitten sollte!

Denn ehrlicherweise muß doch die Frage lauten: Wem verdanken wir unsere vaterländische Entehrung, wem verdanken wir unsere Niederlage im Weltkrieg und all unsere namenlose Not und das trostlose Elend all der vielen tausend Auslandsdeutschen? Nicht aber darf gefragt werden: Wem verdanken wir die . . . . versprochene Milliarde, diesen Tropfen auf einen heißen Stein, selbst wenn sie jemals voll zur Auszahlung käme?

Und dann die letzte Frage: Gilt uns Auslandsdeutschen denn wirklich ein nachträglicher, teilweiser Barersatz so viel mehr, als die unersetzlichen ideellen Werte an mühsam erschaffener Position, an begründetem Hausstand, an nationalem Ansehen und vielen anderen Imponderabilien, deren unwiederbringlichen Verlust wir auf das Konto des Landesverrats Erzbergers zu setzen haben? Und endlich: Was bedeutet denn die Erbärmlichkeit unseres persönlichen größeren oder geringeren Geldverlustes gegenüber dem unsagbaren Elend unserer jetzigen völkischen Not, gegenüber dem ebensowohl wirtschaftlichen, wie noch viel mehr seelischen Abgrunde, dem die Gesamtheit des deutschen Volkes mit all seinen Kulturgütern blindlings und schlaftrunken entgegentorkelt, wenn wirklich in der Reichsleitung auch weiterhin — was Gott verhüte!! — dieselbe Gesinnung walten sollte, die Erzberger, der Verelender Deutschlands, mit in sie hineingetragen hat?

Viele, wohl die allermeisten Auslandsdeutschen, werden eine gegenteilige Auffassung vertreten, als die, welche der Erzberger-Nachruf ihnen einzureden versucht, und sie alle werden eine weit höhere und vornehmere Aufgabe des Bundes der Auslandsdeutschen darin erblicken, daß er an seinem Teil energisch dazu mithilft, der Gesamtwirtschaft unseres Vaterlandes neue sittliche und materielle Stützpunkte und Aufbaumöglichkeiten zu verschaffen, als einer doch immerhin geringfügigen Anzahl von Bundesmitgliedern ein erbärmliches Almosen zuzuschanzen, das den Steuergroschen der Gesamtheit entnommen ist. Bruno Wenzel.

Republikanischer Hofbericht.

Nicht genug aufregen kann sich die „Neue Badische Landeszeitung" darüber, daß sich z. B. ein kgl. Leutnant und kgl. Kammerjunker mit der Tochter eines großherzogl. badischen Hoflieferanten und kgl. bayerischen Kommerzienrats verlobt und dies in Blättern der Rechten anzeigt. Sie vermerkt es auch höchst übel, daß in der Todesanzeige eines kgl. preußischen Obersten a. D., eines 1870-Kämpfers, dessen Enkelsöhne im Weltkrieg fielen, vermerkt steht: „Die Schmach und Schande des Vaterlandes haben ihm das Herz gebrochen." Die geistlose, aber gesinnungstüchtige Glossierung des Artikelschreibers geht dahin, daß solche Anzeigen „politisierende Familiennachrichten" zu nennen seien, und daß „Leidenschaft und Haß" sogar noch durch Todesanzeigen das „Gift" des Unmuts über die bestehende Regierungsform gepflegt werden. Man ist also heute nicht einmal Herr über seine ureigensten Privatangelegenheiten und Anschauungen, wenn sie nicht den Stempel marxistischer Gesinnungstüchtigkeit tragen. Gut! Dann vermisse ich aber die Konsequenz in der Handlungsweise dieser neuen Zeitgeister.

Aber das ist natürlich etwas anderes, wenn sich jemand heute noch als kgl. Leutnant fühlt —, und wenn die Soziblätter selber die früheren mehr oder weniger geschmackvollen Hofnachrichten in kindisch kriecherischer Weise miserabel nachahmen. In derselben Nummer der badischen Zeitung (486) steht zu lesen, wann und woher der Herr Reichspräsident in Mannheim eingetroffen ist, wer ihn empfangen, durch welchen Ausgang der Bahnhof verlassen wurde, welche Seite des Bahnhofes durch Schutzleute abgesperrt war, wieviel Mann Ehrenkompagnie da waren, wie ohne Aufenthalt die bereitstehenden Automobile bestiegen wurden, und daß eine große Menschenmenge da war. Dann geht der Hofbericht wörtlich so weiter:

„Nach der Rückkehr von Ludwigshafen fuhr der Reichspräsident nach Mannheim zurück, wo er mit den Herren seiner Begleitung das Mittagessen im Parkhotel einnahm. Am Nachmittag besuchte er die Verwundeten in den Mannheimer und Ludwigshafener Krankenhäusern.

Zum Abendessen war der Reichspräsident Ebert zusammen mit dem Staatspräsidenten Trunk und Minister Remmele einer Einladung des Stadtrats Levi gefolgt. Um 7.50 Uhr reiste der Reichspräsident mit dem fahrplanmäßigen Zuge nach Berlin zurück. Die anderen Herren fuhren am Abend nach Karlsruhe, während Graf v. Lerchenfeld nach München abreiste."

Rührend schlicht und einfach! Es ist scheußlich, auszudenken, daß die Deutschen nicht davon benachrichtigt worden wären, wo der Herr Reichspräsident herumgegessen haben, fehlt nur noch die Angabe der Speisenfolge. Der koschere Levi sichert sich also doch auch in der Republik seinen Platz in den Hofberichten. Genau wie früher! Hsj.

Spendet für Oppau.

Der Präsident des Bayerischen Landtags und der Präsident des Gesamtministeriums veröffentlichen unterm [illegible]. September 1921 folgenden Aufruf:

Aufruf!

„Ein furchtbares Unglück hat unser Land getroffen. Am 21. September 1921 morgens ist ein Teil des Werkes Oppau der weltbekannten Anilin- und Sodafabrik in Ludwigshafen in die Luft geflogen. Der Umfang des Schadens läßt sich noch nicht übersehen. Es steht aber fest: Mehrere hundert brave und fleißige Arbeiter und Angestellte sind auf dem Felde der Arbeit geblieben, viele Hunderte solcher haben schwere Verletzungen davongetragen. Auch von der übrigen Bevölkerung hat die Katastrophe Opfer gefordert. Eine blühende Arbeitsstätte ist vernichtet. Zahlreiche Familien haben Obdach und Habe verloren. Zur Bergung der Verunglückten und zur Unterbringung der Obdachlosen ist sofort das Erforderliche geschehen. Der bayerische Staat hat unverzüglich die zur Gewährung der ersten unverschiebbaren Hilfe erforderlichen Mittel bereitgestellt und wird weiterhin das Möglichste tun, um die Not der Betroffenen zu lindern. Ebenso haben bereits die Reichsregierung und andere Landesregierungen in hochherziger Weise ihre Hilfe zugesagt. Bei der Größe des Unglücks muß aber auch die freie Liebestätigkeit unseres Volkes angerufen werden, die noch nie versagt hat, wenn es galt, Unglücklichen zu helfen und Tränen zu trocknen. Die Regierungen sind beauftragt, sofort Hilfsausschüsse zu bilden und Sammlungen einzuleiten. Spendet alle nach euren Kräften!"

Die Bayer. Staatsbank ist mit ihren sämtlichen Niederlassungen Hauptsammelstelle. Sämtliche Banken, Bankiers, Kreditgenossenschaften, die Girozentrale und die Sparkassen haben ihre Mitwirkung an dem Hilfswerk erklärt und sind in gleicher Weise wie die Bayerische Staatsbank bereit, freiwillige Spenden entgegenzunehmen.

Außerdem sind auch die Postanstalten Annahmestellen.

Bayerische Staatsbank.

Sowjetrussisches.

W.P.A. Auf der letzten Sitzung des Komitees zur Bekämpfung des Hungers forderte der Vertreter von Simbirsk, daß auf der Liste der Notleidenden die Angehörigen der Roten Armee an erster Stelle stünden. Kamenew (Rosenfeld) antwortete, er hätte den Amerikanern versprochen, die Lebensmittelzüge zu schützen, es sei natürlich, daß diese Posten in erster Linie in Betracht kämen! Der Herr sagte also mit dürren Worten, daß die Henkergarde des russischen Volkes weitergefüttert werden würde. Woran wir nie gezweifelt haben. — Flüchtlinge aus Suchum berichten über die grausame Ermordung des im Süden Rußlands bekannten Volksführers, des Fürsten Schertwaschidse. Unter dem Verdacht der Gegenrevolution stehend, wurde er verhaftet, trotz des Protestes aller Organisationen auf ein Motorboot gesetzt, um ihn, angeblich, nach Batum zu schaffen, dort erschossen und ins Meer geworfen. Die „Freiheit, Gerechtigkeit und Brüderlichkeit" des Bolschewismus! — In der Krim gehen die Bauernaufstände weiter. Dank den schwierigen Wegverhältnissen ist es den Bolschewiki nicht gelungen, dieser Partisanen Herr zu werden, deren Zahl ständig durch aus den Städten herbeiströmende Flüchtlinge wächst. An der Spitze der „Grünen" (wie sie genannt werden) steht der Oberst Anguladse. Er ist für vogelfrei erklärt worden. — Seit dem 15. August erscheint eine neue russische Zeitung, „Pomoschtj" (Die Hilfe), Organ der Kommission zur Bekämpfung des Hungers. In ihrer ersten Ausgabe berichtet sie: „Eine riesige Zahl der Bewohner der tartarischen Dörfer des Saratowschen, Samaraschen usw. Gouvernements verübte, um nicht zu verhungern, Selbstmord. Die Verzweifelten stoßen sich das Messer ins Herz, schlitzen sich den Bauch auf oder verbrennen feuchtes Holz in den Badestuben, um auf den Erstickungstod durch Rauch zu warten . . ." — In Noworossiesk hat sich der bolschewistische Terror noch verstärkt. An der Spitze des „Arbeiterrates" steht ein gewisser Tender, ein früherer Zuchthäusler! Ein Schicksal, das auch Deutschland zugedacht ist! — In Eupatoria sind erschossen worden: der Garnisonsarzt Grschibowsky, der Abgeordnete Tomow, der populäre Arzt Kasae.

— Die sowjetrussische Währung ist in der letzten Zeit wieder bedeutend gefallen: Eine Million sowjetrussischer Rubel kostet heute in Konstantinopel 25 Lire. — In Konstantinopel stehen seit längerer Zeit 30 Schiffe mit Lebensmitteln; sie sind noch immer nicht abgegangen, da die Sowjetkommissare über die Bedingungen feilschen, unter denen die Verteilung der Produkte stattfinden soll. „Humanitätsapostel!" — Die Vertreter russischer Organisationen in Konstantinopel haben sich an das amerikanische Rote Kreuz mit der Bitte gewandt, dafür Sorge zu tragen, daß wirklich das russische Volk und nicht die Rote Armee die gelieferten Lebensmittel erhalte. Die Amerikaner betonten, daß unter gegenwärtigen Umständen eine Garantie dafür nicht gegeben sei. — Der bulgarische Ministerrat hat beschlossen, etwa 20 000 hungernde Kinder aus Rußland nach Bulgarien zu schaffen und für ihren Unterhalt Sorge zu tragen. Sofia soll davon 1000 beherbergen. Bei der Besprechung dieser Vorlage in der Stadtverwaltung der Hauptstadt stimmten die Kommunisten dagegen: Sie fürchteten die lebendigen Zeugen aus dem „Mekka des Proletariats"! — Ein aus Sowjetrußland geflüchteter tschechischer Bauer berichtet in der Zeitung „Wenkow": „Das alle persönliche Initiative tötende Sowjetsystem ist die Hauptursache des russischen Hungers und nicht die Dürre, wie die Bolschewiki es hinstellen wollen." — Die Sowjetpresse macht ein großes Wesen über ihre Hilfsaktionen für die Hungernden. Ganz wie im „verfluchten alten System" werden im heutigen Petersburg Wohltätigkeitsfeste gegeben. Wie die „Prawda" meldet, sind bei einer Veranstaltung eine Million Rubel eingenommen worden. Das Wort „Million" wird wohl bald seine Suggestionskraft verloren haben: Eine Million heutiger Rubel sind zehn (!) alte russische Rubel. Also: Auf einem Fest für Millionen hungernde Russen wurden 10 Rubel gespendet. Das versprochene Paradies auf Erden! Das allrussische Hilfskomitee hat im ganzen 520 Millionen Sowjetrubel gesammelt, d. h. etwa 5000 alte russische Rubel. Gibt es einen größeren Hohn auf die 30 Millionen hungernder Russen als diese Tatsache?

Der Arbeiter in Sowjetrußland.

W.P.A. Schon seit 1920 war der russische Arbeiter an seine Arbeitsstelle geschmiedet. Er durfte nicht frei von einer Fabrik zur anderen übertreten, die Arbeiter wurden militarisiert, die militärische Disziplin in den Fabriken eingeführt: Versäumnisse wurden mit Zwangsarbeit und Konzentrationslager bestraft. Im Mai 1921 konnte der Arbeiter bei 12stündigem Arbeitstag monatlich 12—17 000 Rubel verdienen. Dies reichte knapp für einige Pfund Brot! Deshalb ist das Interesse am Geldverdienst kein großes, der Arbeiter ist nur um seinen „Pajok", d. h. um seinen Lebensmittelzuschuß besorgt. Laut den Dekreten erhalten die Arbeiter — unter der Bedingung des 12stündigen Arbeitstages — täglich 1¼ Pfund Brot (gleich einem deutschen Pfund) und Grützen, ⅕ Pfund Fleisch, $^1/_{40}$ Pfund Zucker. Aber wie die „Ekonomitscheskaja Shisnj" selbst berichtet, erhält der Arbeiter von der ihm theoretisch zugestandenen Brotmenge 40%, von der Zuckermenge 3%. Laut der Statistik derselben Zeitung kommt auf zwei arbeitende ein nichtbeschäftigtes Glied einer Familie. Auf Brot übertragen, erhält der Arbeiter des heutigen Rußlands 19—20 Pfund im Monat, welche vor der Revolution 38—40 Kopeken kosteten. Auf diese Weise besteht der ungeheuerliche Zustand, daß der russische Arbeiter bei 12stündiger Tagesmühe in Friedenswährung monatlich 40 Kopeken erhält, während sich sein Verdienst vorher auf 60 Rubel bezifferte!

Um das Leben zu fristen, muß der russische Arbeiter außer den obligatorischen 12 Stunden noch weitere Stunden auf den Eisenbahnen usw. schuften . . .

Das Leben des russischen Werkarbeiters vor der Revolution war kein paradiesisches; sein Leben heute ist aber eine endlose Höllenqual. Diese haben ihm die bolschewistischen Verbrecher beschert. Und „deutsche Arbeiterführer" wagen es noch immer, den deutschen Arbeitern von den Herrlichkeiten Sowjetrußlands vorzulügen!

Von den Kommunisten.

Die „Freiheit" berichtet:

„Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Kommunistischen Partei hatte sich während der Sommerferien in sechs Teile gespalten. Inzwischen hat der Läuterungsprozeß neue Fortschritte gemacht. Adolf Hoffmann, der bisher zu den Untergeduckten zählte, ist mit Ernst Däumig, der sich den schwankenden Gestalten angeschlossen hatte, wild geworden; beide sind gestern aus der Reichstagsfraktion der V.K.P.D. ausgetreten. Es ergibt sich nunmehr folgende Zusammenstellung:

1. Die **Moskauer**: a) die Unentwegten: Remmele, Fröhlich; b) die Abgesägten: Stoecker, Höllein, Koenen.
2. Die **Leviten**: Levi, Malzahn.
3. Die **Rausgeworfenen**: Reich, Düwell, Geyer jun.
4. Die **Ausgetretenen**: H. Teuber, Marie Wackwitz.
5. Die **Untergeduckten**: Zetkin, Plettner, Eckardt, Braß, Bartz, Heidemann.
6. Die **schwankenden Gestalten**: Dr. Herzfeld, Geyer sen., Berthele, Eichhorn, Thomas, Fries.
7. Die **Wildgewordenen**: Ernst Däumig, Adolf Hoffmann.

Neue Veränderungen im Bestand der Vereinigten Kommunistischen Fraktion werden wir laufend registrieren."

Und von solch einer Rotte Korah läßt sich der deutsche Arbeiter noch immer führen?

„Zwei wunderbare Sachen", sagt ein alter Patient, „führen Sie mit Ihren Oramintabletten und Ihrem Germosan. Ihr Oramin hat bei meiner oft unerträglichen Gicht und Rheuma glänzend geholfen, und Ihre vortrefflichen Germosankapseln trage ich stets in der Westentasche bei meinen plötzlichen und ekelhaften Migräne- und Neuralgieanfällen. Mit diesen beiden Mitteln müßten Sie eigentlich Bombengeschäfte machen." In Apotheken erhältlich, à 6 M.

Original Wiener Damen- u. Herren-Modesalon
Franz Kuntschnig & Co., Rindermarkt 15/III, Telephon 21580
Für elegante Garderobe Garantie
Kostüme von 120 M. an — Mäntel von 100 M. an
Herrenanzüge komplett von 450 M. an

Das Geheimnis
alle Hautunreinigkeiten und Hautausschläge, wie Mitesser, Finnen, Blütchen, Hautröte, Pickel, Pusteln u. s. w. zu vertreiben, besteht in täglichen Waschungen mit der echten
Steckenpferd-Teerschwefel-Seife
von Bergmann & Co., Radebeul. Überall erhältlich.

Hitlers Verhaftung.

Während der parlamentarischen Schiebungen der letzten Woche erregten einige antisemitische und gegen Ebert-Wirth-Rathenau gerichtete Flugblätter Bedenken der Münchener „Sicherheitsorgane". Gerüchte über einen „nationalsozialistischen Putsch" schwirrten durch die Stadt, und als Hauptverschwörer gegen den souveränen Landtag des souveränen Volkes wurde Hitler bezeichnet. (Von wem?) Am 21. September wurde er dann auch im Parteilokal verhaftet und eine gestrenge Haussuchung in seiner Wohnung nach Proklamationen und Maschinengewehren vorgenommen. Es wurde nichts gefunden, was die Ruhe und Ordnung hätte gefährden können, jedoch wurde Hitler zur Nacht in Gewahrsam behalten, bis die Geburt des neuen Ministerpräsidenten vonstatten gegangen war. Am nächsten Tage wurde er auf freien Fuß gesetzt.

Wir möchten uns alleruntertänigst beim Minister des Innern und beim zuständigen Referenten der Polizeidirektion erkundigen, warum man beispielsweise den Hauptschriftleiter der „demokratischen" „Münchener Post" nicht hinter Schloß und Riegel setzte, als er offen schrieb, wenn Kahr und Pöhner blieben, so würde das bayerische Proletariat sich das nicht gefallen lassen?

Die Jagd auf die Deutschen hat begonnen, und in München starrt man ganz hypnotisiert auf Herrn Lewald-Levi, ob er nicht zu befehlen geruhen wird, eine Zeitung zu schließen oder einen Deutschvölkischen verhaften zu lassen.

Das „Miesbacher Tagblatt" ist schon unter Vorzensur (!) gestellt!

Der Kampf der Judenheit gegen die Deutschen geht rüstig vorwärts — und Deutsche helfen dabei. Sie vergessen in ihrem Lakaientum nur eines: Wenn der Bolschewismus dann kommt, hängen sie genau so wie die Antisemiten.

Es hat schon viele Mohren gegeben.

Aus der Bewegung

Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

Nachrichten der Turnabteilung. Am Samstag, den 1. Oktober, finden nachmittags 4 Uhr einige Turnspiele der Turnabteilung auf dem Jugend-Turnspielplatz im Englischen Garten an der Lerchenfeldstraße statt. Binde ist mitzubringen. Erscheinen ist Pflicht. — Das neue Lokal für die Abende der Turnabteilung wird im „Beobachter" bekanntgegeben. — Neuanmeldungen und sonstige Nachrichten gehen vorläufig noch an die alte Adresse, Sterneckerbräu, Tal 54.

Die Turnabteilung.

Versammlungskalender.

Sektion Haidhausen: Gasthaus „Thüringer Hof", Belfortstraße; jeden Dienstag.

Sektion Giesing: Gasthaus „Deutsche Warte", Edlingerplatz 4/0; jeden Mittwoch.

Sektion Neuhausen: Gasthaus „Metthing", Ecke Metthing- und Äußere Arnulfstraße; jeden Mittwoch.

Sektion Lehel: Gasthaus „Bachwirt", Pfarrstr. 8; jeden Mittwoch.

Sektion Schlachthaus: Restaurant „Bürgermeister", Lindwurmstraße; jeden Donnerstag.

Sektion Westend: Restaurant „St. Rupertus", Ecke Trappentreu- und Kazmairstraße; jeden Freitag.

Sektion Schwabing: Restaurant „Gschlößl", Ecke Hohenzollern- und Belgradstraße; jeden Dienstag.

Jeden Montag, abends 8 Uhr, Sprechabend im Gesellschaftssaal des „Högerbräu", Tal 75.

Münchner Nachrichten

— **Feier im Odeon.** Am Dienstag, den 4. Oktober, abends 7½ Uhr, veranstaltet im Odeon Dr. G. Schott wiederum eine Feier „Aus der Heimat kommt der Schein...", bei der in Wort, Ton und Bild die Idee „Von den Heimstätten unserer Kultur" veranschaulicht wird. Dabei werden bisher größtenteils unveröffentlichte Werke moderner Maler in farbigen Lichtbildern (Uvachromien) vorgeführt. — Als Mitwirkende beim musikalischen Teil seien genannt: Prof. Braun-Plendl (Violine), H. Sagerer (Orgel), A. Langefeld (Klavier); außerdem ein Knabenchor von Schülern des Wilhelmsgymnasiums unter Leitung von K. Bleier, sowie ein Chor von Schülern und Schülerinnen von M. Hellmuth (Volkslieder zur Laute). — Programme (Eintrittskarten) ab Freitag, den 30. September, bei Hieber, Marienplatz.

Werktätige Jugendfürsorge. Die Ortsgruppe München im Deutschnationalen Handlungsgehilfen-Verbande hat in den verflossenen Monaten sechs ihrer Handlungslehrlinge und Mitglieder der Jugendabteilung zur Kräftigung von Gesundheit und Geist einen bis zu drei Wochen sich ausdehnenden Landaufenthalt verschafft. Die Gesamtkosten für Unterkommen, Verpflegung und Reise sind von der Organisation getragen worden. Damit ist der minderbemittelten und erholungsbedürftigen Großstadtjugend eine segensreiche Wohltat erwiesen worden.

Neugestaltung zweier Münchner Gaststätten.

Die **Fränkische Weinstube (Wechs)** in der Münzstraße, nächst dem Marienplatz, wurde von ihrem nunmehrigen Besitzer, Herrn A. Gruber, in großartiger Weise neu hergerichtet und am 15. September wieder eröffnet. Wer diese alte Gaststätte von früher kennt, und sie jetzt wieder betritt, der wird staunen, welch gemütliche, einfache und doch vornehme Räume daraus gemacht wurden. Besonders reizend ist das angrenzende Jagdzimmer. Afrikanische Eingeborenen-Jagdzeuge, großartige Antilopengeweihe und herrliche Jagdbilder schmücken die Wände und ergötzen das Auge des Besuchers. Ein mit Geweihen reich verzierter Kandelaber ist der Lichtspender des behaglichen Raumes. In dieser neuen Aufmachung dürfte dem Besitzer ein reicher Besuch zu wünschen sein, da es auch an vorzüglichen preiswerten Weinen und an guter Küche nicht mangelt.

Eine andere Gaststätte, die wohl jedermann kennt, ist der Gasthof „**Zur bayerischen Krone**" an der Schützenstraße. Denselben hat Herr Andr. **Maier**, der langjährige Inhaber des Bahnhofhotels in Pasing, übernommen, von Grund und Boden erneuert und am 17. September neu eröffnet. Herr Maier hat mit großem Kostenaufwand in eifriger Arbeit und in sehr kurzer Zeit die „Bayrische Krone" wieder zu Ansehen gebracht. Das Hotel sowie das Gastlokal wurden einer gründlichen Umgestaltung unterzogen. Die Hotelzimmer wurden neu ausgestattet und zeigen nunmehr eine peinliche Sauberkeit. Der Hoteleingang ist reichlich mit Malereien und Geweihen geschmückt. Neue Korbmöbeln bieten dem Wartenden ein angenehmes Ruheplätzchen. An das Gastlokal schließt sich ein kleines Nebenzimmer, das den Hotelgästen als Frühstücksraum dienen soll. Es ist alles aufs beste und zur Zufriedenheit aller Gäste wieder hergestellt. Möge dem Ehepaar nunmehr auch ein reicher Besuch zuteil werden und ihr Fleiß reichlich belohnt werden.

H. S.

Rathenau in München.

München hatte neulich die Ehre, Walter Rathenau zu sich sprechen zu lassen. Die „M. N. N." (die seit zwei Wochen zur Abwechslung wieder frankfurterisch geworden sind), kündigten seine Rede in fetter Schrift an und berichteten sie mit hingebender Sorgfalt. Ein Satz ist uns aufgefallen: „Es ist entscheidend, wie weit man das Recht habe, ein Volk in Not geraten zu lassen." Dies ist auch für uns entscheidend. Am 2. Juni 1921 aber sagte in einer Reichstagssitzung derselbe Rathenau: „Ich halte sie (die Unterschrift) nur für erfüllbar, wenn wir entschlossen sind, uns in **tiefe Not** zu begeben. Es gibt keine absolute Unerfüllbarkeit, denn es handelt sich lediglich (!!!) darum, wie tief man ein Volk in Not geraten lassen darf." Den letzten Satz hat Rathenau jetzt in München bestritten: er war peinlich an ihn erinnert worden. Aber selbst die „Münchener Zeitung" meint, Rathenau habe eine Politik getrieben, die diesem Satze vollkommen entsprochen habe.

Wir fragen: Was hat die deutsche Reichsregierung getan, als Dr. Frenzel im „Reichswart" Rathenau öffentlich bezichtigte, die Wahrheit vor dem versammelten Reichstag „mit Füßen getreten" zu haben? Nichts, soviel wir wissen.

Daß dieser Mann dessenungeachtet **Minister** ist, ist ein Zeichen der heutigen Zeit.

Die Tochter der „Frankfurter Zeitung"

Die demokratische „Süddeutsche Presse" meinte in ihrer Nr. 185, Bayern müsse dem Dr. Wirth unbedingt nachgeben, und dann hieß es: „Die Anwendung eines unbefristeten Generalstreiks zur Unterstützung der Reichsregierung **gegen** Bayern war eine beschlossene Sache." Wie sie das genau weiß, und dann wie demokratisch: sie entrüstet sich nicht über diesen beschlossenen (und von wem finanzierten?) unbefristeten (!!) Generalstreik als politisches Machtmittel, sondern nimmt ihn einfach hin. Die heutige Demokratie reicht nur so weit, als die Mehrheit der hohen Häuser den Judenbörsen genehme Beschlüsse faßt. Wenn nicht, läutet man die Arbeiter zum Protest auf die Straße und schimpft über die Reaktion. Wie immer, geht auch die „Münchener Post" auf den Pfaden der echten Demokratie: die bayerische Arbeiterschaft wird sich das System Kahr nicht mehr gefallen lassen, hieß es ganz unverblümt. Bald wird die „M. P." sich wohl so weit entwickelt haben, daß sie nach der Räterepublik ruft. Dann hätte sie einmal die Wahrheit gesprochen. Jedenfalls, Frankfurt kann froh sein, der Weizen blüht, die Schnitter rüsten sich.

Niemand kann aus seiner Haut.

In Leipzig ist Orientalistentagung, und deshalb geht es der deutschen Außenpolitik gut. Das klingt seltsam, scheint aber dennoch so zu sein, obwohl man dabei an die oberschlesische Frage, an die neuen fälligen Goldmillionen, an die Sanktionen, an die Liebäugeleien mit Moskau denkt und an das ständige Betonen der Berliner, daß z. B. die bayerische Krise sehr erschwerend auf unsere Außenpolitik gewirkt habe. Und jetzt soll auf einmal alles gut sein?

Nun ja, wenn der Außenminister des Reiches, Dr. Rosen-Moscheles, sonst nichts zu tun zu haben scheint, als nach Leipzig zu fahren, um dem Orientalistentag beizuwohnen, dann könnte man doch annehmen, daß alle diese wichtigen Aufgaben befriedigend für Deutschland gelöst sind. Dann allerdings wäre es für den Orientalistentag ein schier unersetzlicher Verlust, wenn die von den Mosseblättern so gefeierte Berühmtheit seines Faches nicht dabei sein wollte. Das bißchen deutsche Außenpolitik hat eben dann einstweilen so lange günstig zu sein, bis der „Orientalist" wieder da ist.

Wir haben nur den einen Wunsch, die Tagung möge ewig dauern, dann wäre vielleicht Aussicht, daß unsere Außenpolitik auch wieder diesen Namen verdient. Gegenwärtig ist sie nur eine Lächerlichkeit im Angesichte der Welt. Allerdings ist das kein Wunder . . . ja so, der Maulkorb!

•

Das skandalöse Lied.

Die sozialdemokratischen Parteien von Köpenick haben in der Bezirksversammlung flammenden Protest dagegen eingelegt, daß ein Lehrer seinen Schülern das Lied „Deutschland, Deutschland über alles!" zum Lernen aufgegeben hatte. Und so was läßt sich der deutsche Arbeiter von seinen Verführern noch immer bieten!

Büchereinlauf.

Besprechungen unverlangter Werke vorbehalten. Sämtliche hier angezeigten Bücher können durch unseren Verlag, Thierschstraße 15, bezogen werden.

F. Schindler, „Deutschland-Kanaan". Widar-Verlag, Guido Roeder, Berlin W 8. Preis brosch. M. 8.—.

Der Wert dieses neuen im Widar-Verlag erschienenen Werkes liegt besonders darin, daß die Judenfrage in denkbar sachlichster und auch kurzer Form voll zur Darstellung gebracht wird. Die scharfe Gliederung des Stoffes in die geistige, die wirtschaftliche, die politische und die völkische Frage macht es auch dem Fernerstehenden leicht, sich grundlegend zu unterrichten. Die Darstellung gewinnt insofern an Reiz, als Schindler selbst Auslandsdeutscher ist und daher auch einen entsprechenden Gesichtspunkt zeigt, von dem aus er an seine Arbeit heranging. Der sich durch das ganze Werk ziehende Grundgedanke, daß es gerade Deutschland sei, welches Juda als neues Kanaan erwählte, steigert seine Bedeutung. Als wertvollen Anhang finden wir eine Aufstellung, welche die führenden Kommissare Sowjetrußlands enthält und unter diesen 545 Personen 477 Juden nachweist.

•

Kurt Gerlach, „Der Jüngling". Gedichte. 84 Seiten. 1921. Geh. M. 3.—; geb. M. 6.—.

Der schmale Band ist eine der stärksten lyrischen Erfüllungen der letzten Jahre. Nicht gährend-chaotisch, sondern gebändigt durch die meisterhafte Beherrschung der Form. Sein Reichtum ist außerordentlich: er umschließt nordische Stücke voll großartiger, nebelhafter Herbheit und indische, die reife Weisheit in Bild und Leben umsetzen, Stücke voller romantischer Anmut und Grazie. Möchte das Buch recht vielen seiner Altersgenossen zum Gefährten und unverlierbaren Erlebnis werden!

•

Das schöne Kind betitelt sich ein Preisausschreiben, das von der Leipziger „Illustrierten Zeitung" erlassen wird. Im Zusammenhang mit der von dem genannten Blatt geplanten Sondernummer „Das Kind" sollen das schönste Baby, das schönste Mädchen und der schönste Knabe mit je 1000 Mark preisgekrönt werden. An dem Wettbewerb kann sich jedermann beteiligen. Die mit einem Kennwort versehenen Photographien der Kinder sind bis zum 10. November an die Schriftleitung der „Illustrierten Zeitung" in Leipzig, Reudnitzer Str. 1—7, einzusenden. Namen und Alter des Kindes, dessen Angabe nach Jahren und Monaten von besonderer Wichtigkeit ist, sind mit der Adresse des Einsenders in einem verschlossenen Kuvert, das das gleiche Kennwort trägt, mitzuteilen. Falls die Photographie nicht das Kind zeigt, wie es gegenwärtig aussieht, ist anzugeben, wie alt es war, als die Photographie aufgenommen wurde; doch muß die Aufnahme nach dem 1. Januar 1918 hergestellt worden sein. Nur Kinder bis zu zehn Jahren sind zum Wettbewerb zugelassen. Hefte, die alles Nähere bezüglich des Preisausschreibens enthalten, sind schon jetzt durch jede Buchhandlung zu beziehen.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Dietrich Eckart. Für den Anzeigenteil: H. Pickl. — Verlag: Frz. Eher, Nachf., G. m. b. H. — Rotationsdruck: Münchener Buchgewerbehaus M. Müller u. Sohn. —

TELEPHON NR. 22176 CARL BLANK BAADERSTRASSE 6
SPEDITION - MÖBELTRANSPORT - LAGERHAUS
GUTERTRANSPORTE, VERPACKUNG, FERNUMZUGE, GEPACKBEFORDERUNG, VERTEILUNG VON WAGENLADUNGEN, MOBELAUFBEWAHRUNG

Zahn-Praxis Strobel
Luitpoldstraße 8
am Hauptbahnhof, Ecke Prielmayerstr. Sprechstunden werktags 8—12 und 2—6 Uhr. — Ausheilung kranker Zähne und Wurzeln.
Plattenloser Zahnersatz.

Dr. HASSLAUER
Facharzt für Ohren-, Nasen- u. Halskrankheiten
ZURÜCK
Karlstr. 21, (Zwischengeschoß) Telephon 53362.

Herren-Stärk-Wäsche
schönste Ausführung.
Haushalt-Wäsche
nach Gewicht (glatte Stücke schrankfertig)
schonende, chlorfreie Behandlung
Staufer, Kaiserstr. 47, Tel. 30150
Zweigstellen: Goethestr. 66, Augustenstr. 110
Wörthstr. 3, Kanalstr. 14, Eingang Knöbelstr.,
Friedrichstr. 30.

Zu verkaufen
1 dl. Sakko-Anzug, Gr. 48, Ob. Wt., 1 Knaben-überzieher f. 12—13 jähr. Jungen, neu, 1 Paar gelbe und 2 Paar schwarze Reitstiefel, Größe 42, schmaler Fuß, bei
Schneidermeister A. Roos, Türkenstr. 69/III

gerbt Felle färbt
weiß und sämisch, sowie
Ankauf von sämtlichen Wildwaren zu höchsten Tagespreisen, ebenso Verkauf gegerbter Felle zur Selbstverarbeitung
Max Wutz, München,
Rumfordstraße 40.

Ehem. Kriegsflaggen
Größe 1,57×0,95 m M. 35,–
Schwarz-weiß-rote Flaggen mit Eisernem Kreuz in der Mitte
Größe 1,0×0,7 m M. 30,–
sämtl. ungebraucht. Prima Flaggentuch. Preise exkl. Porto und Verpackung. Versand gegen Nachnahme. Näheres unter J. 655 an die Geschäftsstelle d. Bl.

Herren-Hüte
werden umgearbeitet auf
Neueste Formen,
gebügelt, gefärbt, garniert.
Kurt Weiss, Hutmacher-meister
Frauenhoferstr. 8 Linie 2 u. 7

Pianomagazin GUENAU, Augustenstr. 76, München,
Preiswerte Pianinos! Kauf. Miete.

Verzeichnis deutschvölkischer Literatur
geg. Einsend. von 50 Pf. vom Hammer-Verlag, Leipzig 13

Ostermaier
Bayer. Lotterie-Einnahme
München

Inserate
im
„Völkischen Beobachter"
finden in ganz Deutschland weiteste Verbreitung!
Verlangen Sie Vertreterbesuch

Rasse- und Judentum
Geschrieben von Karl Kautsky. Zweite durchgesehene und vermehrte Ausgabe. Preis des Buches Mark 8.—.
Buchversand Gloeckner, Stuttgart, Schloßstr. 37.

Feuer- u. einbruchsichere
Kassenschränke
diebessichere
Kassetten
unaufsperrbare
Sicherheitsschlösser
Franz Leicher
München, Löwengrube 7

Lebensbund
Organisat. d. Sich-Findens, Vornehm, diskret. Tausende v. Anerk. u. Dankschreiben glückl. verheirateter Mitglied. Bundesschrift geg. Einsendung v. M. 1.— v. Verlag G. Bereiter, Gohlis bei Leipzig 313 od. Verlag G. Bereiter, München, Maximilianstraße 31. 313.